

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Wirtschaft, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Bauen und Recht
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereich 3 - Wirtschaft, Stadtentwicklung, Klimaschutz, Bauen und Recht
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Astrid Issleib +49 202 563 6046 astrid.issleib@stadt.wuppertal.de
	Datum:	03.05.2021
	Drucks.-Nr.:	VO/0625/21/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
04.05.2021	Ausschuss für Finanzen, Besteuerungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Entgegennahme o. B.
Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion zu Kosten und Struktur des Rechtsamtes der Stadt Wuppertal		

Grund der Vorlage

Beantwortung der Großen Anfrage der FDP-Fraktion (VO/0625/2) vom 23.04.2021

Entgegennahme ohne Beschluss

Unterschrift

Minas

Die Große Anfrage der FDP-Fraktion (VO/0625/2) vom 23.04.2021 wird wie folgt beantwortet:

- 1. Wie ist das Rechtsamt der Stadt Wuppertal aufgebaut und welche konkreten Aufgaben sollen erfüllt werden?**

Das Rechtsamt 004 ist grundsätzlich in zwei Abteilungen, d.h. in die Rechtsabteilung (004.1) mit dem Justizariat (004.11) und dem Team Haftpflicht und Mahnwesen (004.12) und der Zentralen Vergabestelle (004.2) gegliedert. Die damalige Anbindung der Zentrale

Vergabestelle an das Rechtsamt erfolgte, um insbesondere bei bau- und vergaberechtlichen Fragenkomplexen eine schnelle gemeinsame Klärung durch Bau- und Vergabejustiziar mit den Prüfern der ZV herbeiführen zu können.

Das zentrale Rechtsamt der Stadt Wuppertal ist zuständig

- grundsätzlich für alle Rechtsangelegenheiten (d.h. von A wie Abfallrecht bis Z wie Zwangsvollstreckungsrecht), die rechtliche Beratung bzw. die gerichtliche Vertretung aller Leistungseinheiten der Stadt Wuppertal, des Oberbürgermeisters und Ratsgremien in allen Gerichtszweigen (Zivil-, Verwaltungs-, Sozial-, Arbeitsgerichten) und Instanzen,
 - o soweit aufgrund des kostenverursachenden Postulationszwanges dies rechtlich zulässig ist bzw. für die Betreuung von Rechtsanwaltskanzleien, die grundsätzlich entweder aufgrund eines ausgeschriebenen Rahmenvertrages im Bereich des privaten Bau- und Architektenrechts, des Mietrechts bzw. des (Kfz-) Haftpflichtrechts bzw. im Rahmen einer Angebotseinholung beauftragt werden,
 - o soweit nicht einzelne Leistungseinheiten die erste Instanz vor den Verwaltungsgerichten aufgrund der durchgeführten stadtinternen Aufgabenkritik selber durchführen. (Das Rechtsamt übernimmt hierbei die zweite Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster, da dort gesetzlich vorgeschrieben, ein Volljurist auftreten muss.)
 - o soweit nicht spezielle Zuständigkeiten (z.B. für Steuersachen) gegeben sind.
- strafrechtliche Beratung und strafrechtliche Interessenwahrnehmung (u.a. bei speziellen Strafanträgen bei komplexen Sachverhalten, z.B. bei strafrechtlichen Verdachtsfällen bei Abrechnungsbetrugsfällen bei Handwerkern),
- für die Ausübung der Vertretung der Stadt Wuppertal in Gesellschafterversammlungen aufgrund von Rats- bzw. Gremienbeschlüssen, soweit nicht Sonderregelungen existieren,
- für die öffentlichen Bekanntmachungen durch die Herausgabe des Amtsblatts der Stadt Wuppertal (Stadtbote) u.a. für Satzungen, Allgemeinverfügungen und stellt hierbei das Orts- bzw. Stadtrecht für die Verwaltung und für die Öffentlichkeit zusammen,
- für das Vertrags- und Risikomanagement Döppersberg als Stabstelle,
- für das privatrechtliche Mahn- und Vollstreckungswesen für die gesamte Stadtverwaltung:
 - o Mahnung und Beitreibung privatrechtlicher Forderungen im gerichtlichen Verfahren u.a. von Verpflegungsentgelten der Kindertagesstätten oder Offenen Ganztagschulen, Lohnüberzahlungen, Rückstände wegen nicht zurückgegebener Medien, Pachtzinsen aus dem Bereich der Grundstückswirtschaft, Beiträge für Kurse der Bergischen Musikschule, Schadensersatzleistungen z. B bei Beschädigungen von Verkehrszeichen oder Sachschäden durch Schüler und Schülerinnen an Schulen, Mietrückstände des GMW etc.,
 - o Aufnahme von Schuldanerkenntnissen,
 - o Vereinbarung und Kontrolle von Ratenzahlung bzw. Abwicklung von städtischen Forderungen bei Privatinsolvenzen,
- im Bereich Haftpflichtschadensfälle
 - o die Bearbeitung aller Haftpflichtansprüche gegen die Stadt Wuppertal wegen
 - Kfz-Unfälle von und mit städtischen Fahrzeugen,

- Unfällen und Stürze auf Straßen, öffentlichen Wegen, Plätzen und Grünanlagen, auf städtischen Grundstücken (z.B. wegen Glätte, Schlaglöchern),
 - Verletzung von Amtspflichten aller Art,
 - bzw. die Geltendmachung aller Schadensersatzforderungen gegenüber Dritten zu Lasten der Stadt Wuppertal, insbesondere aufgrund von Kfz-Unfällen,
 - bzw. die Beratung in allen allgemeinen verkehrssicherheitsrechtlichen Angelegenheiten (z.B. bei Übernahme des Kostendeckungsschutzes bei Veranstaltungen in Beteiligung mit dem KSA)
- Sicherstellung der Absicherung von Haftpflichtschäden der Stadt Wuppertal durch die Schadensabwicklung über den Kommunalen Schadensausgleich (KSA) im Rahmen der Erteilung einer Kostendeckungszusage,
- Sicherstellung des Kasko-Schutzes von versicherten städtischen Fahrzeugen bzw. von Fahrzeugen städtischer Unternehmen,
- versicherungsrechtlicher Schutz von Schülerfahrten bzw. des gemeindlichen Unfallsicherungsschutzes (GUV),
- die Beratung und Betreuung von Ausschreibungen in allen Vergabearten aufgrund des Anti-Korruptionskonzeptes der Stadt Wuppertal durch die Zentrale Vergabestelle (004.2), dies beinhaltet insbesondere
 - Steuerung und Koordination der Vergabeprozesse und Prüfung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben,
 - die vergabe- und förderrechtliche Beratung aller Leistungseinheiten im Vorfeld einer Ausschreibung, insbesondere zur Zeitschiene, richtiger Verfahrensart und fachlicher Plausibilitätsprüfung der (technischen) Leistungsverzeichnisse durch die (technischen) Formalprüfer der ZV und bei besonderen förderrechtlichen Situationen,
 - Organisation und Durchführung zur Schulung im Bereich des Vergaberechts,
 - die Durchführung der Ausschreibungen, insbesondere die Veröffentlichung und Versendung der Ausschreibung auf der elektronischen Vergabepattform, die (EU-) Bekanntmachung, Beantwortung von Bieterfragen, Durchführung der Submission (Angebotsöffnung), erste formale Prüfung der Angebote, Preisspiegel-Erstellung, Einholung notwendiger Registerauszüge,
 - Verfahrenskontrolle,
 - Führung und Erstellung von Vergabestatistiken,
 - Beratung Externer bei der Durchführung öffentlich geförderter Maßnahmen unter Berücksichtigung des städtischen Antikorruptionskonzeptes,
 - Abwehr von Nachprüfungsverfahren gemeinsam mit dem Justizariat vor der Vergabekammer Rheinland bzw. der Bearbeitung von Prüfungsverfahren der
 - Rechtsaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf.

2. Wie ist das Rechtsamt der Stadt Wuppertal personell strukturiert und wie viele Mitarbeiter sind dort in welchem Umfang tätig?

Aufgrund von Fluktuationen wegen stadtinternen bzw. externen Stellenwechseln, Elternzeiten und längeren Erkrankungen waren bzw. sind zahlreiche Stellen innerhalb des Rechtsamtes vakant. Beispielsweise war z.B. die Stelle der stellvertretenden Ressortleitung von 10/2017 bis 09/2020 unbesetzt. Die Vakanzen wurden durch eine höhere Priorisierung der Aufgaben und den notwendigen Einkauf von externen Ressourcen notgedrungen kompensiert. Die nachfolgenden Ausführungen beschreiben daher im Folgenden die Planwerte.

Das Rechtsamt wird von einer Amtsleitung und zwei Abteilungsleitungen geführt. Alle Führungskräfte sind Volljuristen mit mehrjähriger Rechtsanwalts Erfahrung, so dass neben der Führungswahrnehmung auch eine juristische Sachbearbeitung erfolgt. Die vollzeitbeschäftigte Abteilungsleiterin der ZV (004.2) führt u.a. komplexe bau- und vergaberechtliche Beratungen innerhalb des Justizariats (004.1) mit einem 0,4 VK-Anteil durch.

VK-Übersicht

Amtsleitung	1,00 VK
Bekanntmachungen/Ortsrecht und Mahn- und Haftpflichtangelegenheiten	3,00 VK
Abteilungsleitung Justizariat (004.1)	1,00 VK
Abteilung Recht (Justizariat)	8,06 VK
Abteilungsleitung ZV	0,60 VK
Abteilung ZV (004.2)	7,22 VK
Gesamt	20,88 VK

Das Rechtsamt beschäftigt zahlreiche Teilzeitkräfte, so dass die tatsächliche Personenanzahl abweichend ist.

Im Bereich der öffentlichen Bekanntmachungen/Ortsrecht und Mahn- und Haftpflichtangelegenheiten sind insgesamt 3 Sachbearbeiter des gehobenen Dienstes tätig.

Im Bereich des Justizariats sind mit den o.g. 3 Führungskräften insgesamt 12 Volljuristen (als reine Kopfzahl) bei 11,19 VK-Stellen (Stand: 30.04.21) tätig. Die Rechtsabteilung beschäftigt zahlreiche Teilzeitkräfte, so dass die Kopfanzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit der ZV-Abteilungsleitung 14 Personen bei 14,19 VK-Stellen beträgt.

Assistenzkräfte (ähnlich wie Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte) bzw. wie in anderen kommunalen Rechtsämtern existente Service-Kräfte bzw. Service-Einheiten sind nicht beim Rechtsamt vorhanden.

Das Rechtsamt setzt eine Spracherkennungs-Software (Dragon NaturallySpeaking) und eine Anwaltssoftware (Lecare) für die elektronische Aktenverwaltung ein. Das Rechtsamt ist als Pilot-Amt bereits in das Dokumentenmanagement-System D3 vollständig eingebunden. Die Post wird durch die zentrale Poststelle eingescannt und dem Rechtsamt digital zur Verfügung gestellt. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für die Abwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs.

Insgesamt sind somit zurzeit 20,88 VK-Stellen innerhalb des Rechtsamtes vorhanden. Bei der Rechtsabteilung sind zurzeit noch eine Justiziar-VK-Stelle und in der Zentralen Vergabestelle 2,5 VK bis zum 31.12.21 befristet. Es gibt Überlegungen diese Stellen aufgrund des höheren Bauvolumens seitens des GMW mindestens um ein Jahr, d.h. bis zum 31.12.22 zu verlängern.

Zurzeit stehen der Rechtsabteilung einstweilen bis zum 30.06.21 zwei von einer Personalvermittlungsagentur ausgeliehene Rechtsanwälte als sog. Digital-Juristen ergänzend zur Verfügung, um alle Rechtsfragen im Bereich der fortschreitenden Digitalisierung, des Datenschutzes und des elektronischen Rechtsverkehrs zu betreuen. Es wird zurzeit überlegt, diese Beratung in allen digitalen Fragen längerfristig zu implementieren.

Das Rechtsamt bildet (überplanmäßig) Verwaltungsmitarbeiter (2 MA für den mittleren Dienst + 2 MA für den gehobenen Dienst) sowie laufend Rechtsreferendare des Landes NRW wie auch Jura-Studierende aus.

3. Welche Qualifizierung und Spezialisierungen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechtsamtes?

Innerhalb der Rechtsabteilung (004.1) arbeiten Verwaltungsangestellte- / beamtete des gehobenen Dienstes bzw. Volljuristen mit der Befähigung zum Richteramt (d.h. erfolgreiches 2. juristisches Staatsexamen).

Das Justizariat rekrutiert im Rahmen der Bestenauslese seine Volljuristen vordringlich aus dem Anwaltsbereich. Nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justiziariats haben eine längere anwaltliche Erfahrung in der freien Wirtschaft vorzuweisen. Dementsprechend ist das Leitbild der Rechtsabteilung das einer serviceorientierten Anwaltskanzlei für alle städtischen Leistungseinheiten, den Oberbürgermeister, den Verwaltungsvorstand, den Rat und den Bezirksvertretungen und für die außergerichtliche Beratung weiterer städtischer Einrichtungen, (Eigen-) Betriebe und Unternehmen.

Innerhalb der Zentralen Vergabestelle (004.2) arbeiten neben Verwaltungsangestellten- / beamteten des mittleren bzw. des gehobenen Dienstes zusätzlich zwei Formalprüfer mit einer technischen Ausbildung als Architekt bzw. als Ingenieurin für Versorgungstechnik.

Der Geschäftsbereich 3 bemüht sich, den relativ geringen Fortbildungsetat des Rechtsamtes zur Herstellung der sog. Waffengleichheit mit den spezialisierten Großkanzleien zu erhöhen. Zurzeit steht der Rechtsabteilung mit 12 Juristen (3 Führungskräfte + 9 Justiziere) und 3 Sachbearbeitern ein Jahres-Budget für 2021 in Höhe von 2.750 € zur Verfügung, wenn keine Haushaltsbeschränkungen vorliegen.

Zurzeit steht der Zentralen Vergabestelle mit 7 Mitarbeitern ein Jahres-Budget für 2021 in Höhe von 1.400 € zur Verfügung, wenn keine Haushaltsbeschränkungen vorliegen.

Eine Fachfortbildung ist nicht unter 350 € netto zu erhalten.

4. Wie hoch sind die Kosten für externe rechtliche Beratungen von Januar 2019 bis heute?

Eingangs ist vorzuschicken, dass durch das sog. Behördenprivileg eine Vertretung der Stadt vor den Verwaltungsgerichten durch die Justiziere des Rechtsamts grundsätzlich möglich ist. Vor den ordentlichen Gerichten besteht aber regelmäßig Anwaltszwang, d.h. hier muss ein externer Rechtsanwalt/Rechtsanwältin eingeschaltet werden.

Aus dem seit Jahren nicht mehr erhöhten Budget für Rechtsangelegenheiten in Höhe von 100.000 € werden zudem grundsätzlich alle außergerichtlichen wie auch gerichtlichen Kosten von Rechtsanwälten bzw. Verfahrenskosten (Gerichtskosten, Sachverständigenkosten, Zeugenauslagen pp.) aller Leistungseinheiten der Stadtverwaltung beglichen.

Führt eine Leistungseinheit

- eigenverantwortlich ein Widerspruchsverfahren durch und sind dort Rechtsanwaltskosten aufgrund des Obsiegens des Widerspruchsführers entstanden, begleicht das Rechtsamt die notwendigen Rechtsverteidigungskosten für den externen Rechtsanwalt, obwohl vorab das Rechtsamt nicht im Widerspruchsverfahren aktiv war, da grundsätzlich nur das Rechtsamt über einen Etat für Rechtsangelegenheit verfügt.
- ein Gerichtsverfahren in der ersten Instanz selber durch (z.B. Ausländer- oder Ordnungsamt) erfolgt eine Erstattung der Verfahrens- / Rechtsanwaltskosten durch das Rechtsamt im Falle einer Niederlage.

Im Bereich von großen Bauvorhaben (z.B. BV Döppersberg) bzw. im Bereich des GMW werden die Verfahrens- und Rechtsanwaltskosten aus dem jeweiligen Projekt bzw. aus dem Budget des GMW beglichen.

Die Jahresabrechnungen aufgrund der Kostenstelle Rechtsangelegenheiten belaufen sich für die Jahre

2019 auf	255.689,87 €,
2020 auf	206.220,78 €,
1.-4./2021	27.514,35 €.

Diesseits wurde der Buchungstichtag 30.04.21 genommen.

Aufgrund des Umstandes, dass der vergleichsweise geringe Budgetansatz des Rechtsamtes bisher nicht erhöht wurde, wurde dem Rechtsamt für die außergerichtliche Rechtsberatung aller Leistungseinheiten der Stadtverwaltung eine gesonderte Kostenstelle zugewiesen, die im Rahmen von Rats- bzw. Verwaltungsvorstandsbeschlüssen entsprechend finanziell (u.a. durch überplanmäßigen Ausgaben) aufgefüllt wird, um insbesondere Rechtsberatungs-Dienstleistungen einzukaufen. Wie bereits oben dargestellt, erfolgt der Einkauf von diesen Dienstleistungen durch einen ausgeschriebenen Rahmenvertrag bzw. durch Angebotseinholung bei verschiedenen Rechtsanwaltskanzleien.

Für diese außergerichtlichen Beratungen wurden für den Zeitraum 01.01.2019 bis zum 30.04.2021 folgende Beträge

2019	161.945,85 €,
2020	294.353,15 €,
1.-4./2021	64.491,60 €

aufgebraucht.

Hier wurde ebenfalls der Buchungstag 30.04.21 genommen.

Für die vom Rechtsamt betreuten gerichtlichen Verfahren wurden für die Verfahrens- und Rechtsanwaltskosten Rückstellungen für das Jahr 2021 in Höhe von 1.452.420,73 € gebildet.

5. Für welche Themenbereiche und Rechtsgebiete sind die Beauftragungen in diesem Zeitraum erfolgt?

Für folgende Themenbereiche wurden aufgrund der oben dargestellten Kapazitätsengpässe, aber auch um spezielles fachliches Knowhow einzukaufen externe Rechtsanwälte beauftragt:

2019:

- DOC/FOC-Rechtstreit (Bauplanungsrecht, Kommunalverfassungsrecht)
- ASS-Angelegenheit (Zivilprozess, Gesellschaftsrecht, Compliance-Prüfung)
- BV Klingelholl (Zivilrecht, insbesondere privates Bau- und Architektenrecht)

2020:

- DOC/FOC-Rechtstreit (Bauplanungsrecht, Kommunalverfassungsrecht)
- BV Klingelholl (Zivilrecht, insbesondere privates Bau- und Architektenrecht)
- kommunalverfassungsrechtliches Gutachten
- Anmietung Alte Bundesbahndirektion (gewerbliches Mietrecht, Vergaberecht, Kommunalverfassungsrecht)

1.-4/2021:

- BV Klingelholl (Zivilrecht, insbesondere privates Bau- und Architektenrecht)
- Anmietung Alte Bundesbahndirektion (gewerbliches Mietrecht, Vergaberecht, Kommunalverfassungsrecht)

